

# Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter



Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und Ausgabebüros 2.— Mark im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2.30 Mark, bei Verkauftung 2.— Mark. Einzelnummern 15 Pf. Jedes Jahr einen Kautionschein über 100 Mark zu hinterlegen. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Wagnispreis: Die 2. gestrichelte Nummer 20 Goldmark, die 2. gestrichelte Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldmark. Die 2. gestrichelte Nummer 10 Goldmark, die 2. gestrichelte Seite der amtlichen Bekanntmachungen 20 Goldmark. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostitz u. a.

Nr. 86 — 83. Jahrgang.

Verl.-Nr.: „Sachspinnung“

Wilsdruff-Dresden.

Verlag: Dresden 2040

Donnerstag 10. April 1924

## Unsere Reparationslast.

Sturz vor der Überreichung der Sachverständigenberichte an die Reparationskommission zur Feststellung der deutschen Zahlungsfähigkeit wird uns von unterrichteter Seite gemeldet:

Hast ein Vierteljahr sind die beiden Sachverständigenausschüsse in Paris an der Arbeit, um die Reparationsfrage zu lösen. Das war ihre Aufgabe, und sie haben die Aufgabe dahin aufgefaßt, daß sie die Reparationsverpflichtungen Deutschlands auf eine internationale Basis stellen. Aus den bisherigen Indiskretionen, vor allem aber aus einer Veröffentlichung des „Matin“ läßt sich sagen, daß die Internationalisierung der deutschen Schuld das Ziel ist, auf das der Bericht hinführt.

Die Ausschüsse hatten sozusagen als Voraussetzung die Stabilisierung der deutschen Währung und, damit eng verknüpft, die Balancierung des deutschen Budgets zu bearbeiten. In dieses Budget werden nun die Reparationsverpflichtungen als Ausgabeposten eingefügt und die Balancierung durch Erhöhung der Einnahmenseite erreicht. Und zwar so, daß eine Reihe von Zöllen sowie gewisse Konsumsteuern mit ihren Erträgen einfach an die Reparationskommission überwiesen werden. Überschreitet dieser Ertrag die Summe, die von der Reparationskommission zur Deckung der deutschen Verpflichtungen gebraucht wird, so geht der Überschuß an die Reichsregierung zurück. Damit soll auch bei uns das eingeführt werden, was man in der Türkei, in China, in Ägypten und in anderen derartigen, einer internationalen Steuer- und Finanzkontrolle unterliegenden Ländern eingerichtet hat. Zunächst soll allerdings außerdem noch Deutschland gezwungen werden, eine strenge Kontrolle seiner Steuererhebung durchzuführen, zu dem Zweck, genügende Summen für Reparationszahlungen her zu machen. Wenn Deutschland aber das nicht von selbst leistet, so wird eine internationalisierte Kontrolle von selbst in Kraft treten, die mit außerordentlichen Maßnahmen versehen sein soll.

Man will also diese Finanzkontrolle über Deutschland vorläufig offen noch nicht durchführen, sondern uns lediglich zwingen, die Steuerdrücke so weit anzunehmen, bis wir aus eigener Kraft die Reparationszahlungen decken. Diese Zahlungen sollen nur während des sogenannten Moratoriums von vier Jahren folgende Summen betragen: Im ersten Jahr: eine Milliarde, im zweiten Jahr: 1,2 Milliarden, im dritten Jahr: 1,3 Milliarden, im vierten Jahr: 1,750 Milliarden. Im fünften Jahr wird dann die eigentliche Zahlung von 2,460 Milliarden erreicht. Während im ersten Jahre aus der bevorstehenden internationalen Anleihe 800 Millionen für die Abdeckung der Zahlungsverpflichtung verwendet, für die Deckung des Restes eine neue Verkehrsbank mit einem Betrag von 200 Millionen eingerichtet werden soll, sollen in den folgenden Jahren diese Zahlungen durch deutsche Steuern allein aufgebracht werden, und zwar soll das ordentliche deutsche Budget anderthalb Milliarden erbringen, dreihundert Millionen aus der Verbrauchssteuer, sechshundertundsechzig Millionen aus den Eisenbahnen und dreihundert Millionen für die Industriehypothek aufgebracht werden. Vom sechsten Jahre an sollen dann die deutschen Zahlungen dem wachsenden Wohlstand Deutschlands entsprechen. Jährlich neu festgesetzt werden, und zwar mit einer Minimalleistung von 2,400 Milliarden und einer Maximalleistung von 300 Milliarden Goldmark jährlich.

Wir haben betont, daß das Ziel des Ausschusses die Internationalisierung der deutschen Schuldverpflichtung sein soll, indem nämlich diese deutschen Reparationsverpflichtungen durch eine internationale Anleihe zu Obligationen privatrechtlicher Natur gemacht werden. Jeder der Inhaber einer solchen deutschen Schuldverschreibung ist, ist also Gläubiger des Deutschen Reiches. Bisher waren diese Reparationsverpflichtungen Schulden von Staat zu Staat, während jetzt die ganze Welt unser Privatgläubiger werden soll. Und zwar Gläubiger von ganz bestimmten deutschen Werten, an die er sich bei Zahlungsumfähigkeit des Deutschen Reiches halten kann. Und zwar ist das eine die Hypothek auf die deutsche Industrie im voraussichtlichen Betrag von 10 Milliarden, und eine zweite die Garantie der deutschen Eisenbahnen etwa im doppelten Betrag. Allerdings hoffen die Sachverständigen fürs erste vorläufigermaßen nur auf eine Anleihe von 10 Milliarden Mark.

Die Emissionsbank, über die man besonders eingehend verhandelt hat, kann man wohl besser „Reparationsbank“ bezeichnen, da sie den gesamten Geldverkehr zwischen dem Deutschen Reich einerseits und der Reparationskommission andererseits der Treuhänderin unserer Weltgläubiger andererseits darstellt. In ihr sollen Reichsbank, Rentenbank und Goldtreibbank aufgehen und das neue Zahlungsmittel für Deutschland unter ihrer Kontrolle geschaffen werden.

Schlüsselig ist aber wenigstens ein einziges etwas besseres Wort auf diesem dunklen Gemälde zu finden: die Sachverständigen erklären, daß die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit unbedingt erforderlich sei, namentlich die einheitliche Zusammenfassung von Zöllen und Eisenbahnen. Letztere dürften im Besetzungsgebiet einer internationalen Kontrolle nur so weit unterworfen bleiben, als es die Sicherheit der Besetzungstruppen zulasse. Damit ist jedenfalls über die Klärung des Besetzungsgebietes nicht das geringste gesagt, und die Kommission wird sich auch hüten, dieses heiße französische Eisenkreuz zu berühren.

## Erhebung gegen die Sowjet-Gewalt in Turkestan.

20 000 Mann im Anmarsch gegen die rote Armee.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“.)  
Riga, 9. April. Die lettische Telegraphenagentur meldet aus Moskau. In Turkestan ist eine ernste Erhebung gegen die Sowjetgewalt ausgebrochen. Ein Heer von 20 000 Mann mit ungefähr 2000 jaristischen Offizieren gehen gegen die rote Armee vor.

### Der Vorstand der Goldnotenbank.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“.)  
Paris, 9. April. Nach dem „Echo de Paris“ soll der Vorstand der Goldnotenbank aus 5 Allierten, 7 Deutschen und 2 Neutralen, nämlich 1 Schweizer und 1 Holländer bestehe.

### Der neue württembergische Staatspräsident.

Stuttgart, 8. April. Der Landtag wählte den Staatsrat Rau, den bisherigen Vizepräsidenten des Arbeits- und Ernährungsministeriums, zum Staatspräsidenten. Dieser nahm die Wahl an. Er übernimmt zugleich das Arbeits- und Ernährungs-, sowie das Kultusministerium. Staatsrat Rau verließ den bisherigen Minister Boly als Finanzminister und den bisherigen Justizminister Beyerle als Justizminister.

Staatspräsident Rau erklärte nach seiner Annahme der Wahl, er habe sich bisher vom parteipolitischen Leben ferngehalten und sich nur seinen Aemtern gewidmet. Sein Wirkungskreis gebiete ihm, seine Kraft in den Dienst der neuen Aufgabe zu stellen, die der Augenblick fordere.

### Der Reparationskommission übergeben.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“.)  
Berlin, 9. April. Die Nachricht eines Berliner Morgenblattes, daß der Bericht der Sachverständigen in der vergangenen Nacht von Paris nach Berlin übermittelt worden sei, und der geschlossene Bericht heute vormittag vorliegt, ist unrichtig. Der Bericht wurde heute vormittag 10 Uhr der Reparationskommission übergeben. Es ist anzunehmen, daß in den heutigen Mittagsstunden ein ausführlicher Aufruf mit dem Bericht vorliegt. Der Wortlaut des Berichtes dürfte in den heutigen Abendstunden hier eingeht.

### Verhaftung eines lange gesuchten Hochverrätters.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“.)  
Landsberg, 9. April. Der „Oberbayerische Generalanzeiger“ meldet: Gestern nachmittag kam hier ein Auto mit

Das also ist des Pudels Kern. Gewiß mögen die amerikanischen Sachverständigen geglaubt haben, objektiv in ihrem Bericht die Zahlungsfähigkeit Deutschlands festgelegt zu haben, damit eine Lösung der dringendsten weltpolitischen Frage, nämlich des Reparationsproblems, zu bringen. Doch was ist daraus geworden?

### Eine amtliche Äußerung

sagt zu den Veröffentlichungen des „Matin“, daß die Angaben den bekanntgewordenen allgemeinen Grundlinien des Aufbaues der Sachverständigen entsprechen. Ob die Einzelheiten richtig sind, muß abgewartet werden, bis der ganze Bericht vorliegt. Es dürfte sich empfehlen, bis dahin in der Beurteilung des Sachverständigenberichts größte Zurückhaltung zu üben. Voreilige Urteile über Einzelheiten könnten zu einer Zerrbildung der Öffentlichkeit führen. Ein zutreffendes Urteil ist nur bei vollständiger Kenntnis aller Einzelheiten möglich.

## Einigung im Eisenbahnkonflikt.

Kompromißangebot der Regierung.

Berlin, 8. April.

Reichsverkehrsminister Doser verhandelte heute mit den Spitzenorganisationen der Eisenbahner nochmals über die Lohnfrage. Diese formulierten ihre Forderungen folgendermaßen: Durchschnittliche Erhöhung der Stundenlöhne um sechs Pfennig für alle Lohngruppen, Zahlung eines Zuschlages von 25 % für die neuente Arbeitsstunde, Herabsetzung der Arbeitszeit für die Streckenarbeiter von 10 auf 9 Stunden.

Das Reichskabinett trat alsbald zusammen, um sich mit der Frage zu befassen. Der Reichsverkehrsminister gab dabei einen längeren Überblick über den bisherigen Gang der Besprechungen. Nach längeren Beratungen gab das Reichskabinett der von den Eisenbahner gewünschten Stundenloohnerhöhung um 6 Pfennig seine Zustimmung. Über die weiteren Forderungen der Eisenbahnergewerkschaften und die Formulierung der Vereinbarungen sind unmittelbar neue Besprechungen eingeleitet worden. Man hat jetzt die bestimmte Hoffnung, daß eine endgültige Vereinbarung zustande kommt und damit die Gefahr eines allgemeinen Eisenbahnerstreiks überwunden ist.

vier Herren des Böllischen Blochs an, um einen Besuch bei Hitler im Gefängnis zu machen, zwecks Einholung weiterer Direktiven für die Wahlen. Als die Herren nach dem Besuch bei Hitler in einem Hotel einen Imbiß zu sich nahmen, kamen Beamte der Staatsanwaltschaft in Zivil und verhafteten einen Herrn, einen schon lange gesuchten Hochverräter namens Hermann Esser, den sie sofort per Bahn nach München brachten. Durch diesen Vorfall hatte sich in Landsberg das Gerücht verbreitet, auch Lubendorf sei hier von der Staatsanwaltschaft verhaftet worden, daran aber kein wahres Wort ist.

## Ergebnislose Verhandlungen der Sechser-Kommission.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“.)

Essen, 9. April. Die Sechser-Kommission, die gestern mit der Ricum in Düsseldorf verhandelte, gibt folgende offizielle Mitteilung heraus: In den heutigen Verhandlungen erklärte die Sechser-Kommission, daß die durch das Abkommen mit der Ricum übernommenen Verpflichtungen weiterhin nicht getragen werden könnten. Der Ruhrbergbau verkenne aber nicht die große Bedeutung der Frage, daß die Arbeit im Ruhrgebiet nach dem 15. April möglichst störungslos weitergeführt werde. Die Kommission erklärt sich deshalb für die Zeden bereit, die Sachleistungen auch über den 15. April hinaus fortzuführen, wenn die finanzielle Möglichkeit hierfür geschaffen wird. Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Es wird am Freitag erneut verhandelt werden.

## Die Sechserkommission in Berlin.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“.)

Berlin, 9. April. Wie die „B. Z.“ meldet, ist die Sechser-Kommission der Ruhrindustriellen heute in Berlin eingetroffen und wird heute abend 7 Uhr eine Besprechung mit der Reichsregierung haben.

## Annahme des Sozialversicherungsgesetzes in England.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“.)

London, 9. April. Im Unterhause wurde gestern abend ohne Abstimmung das Gesetz betr. Arbeiterversicherung angenommen.

## Der griechische König verzichtet nicht.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“.)

Paris, 9. April. Nach einer Meldung aus Bukarest hat der griechische König einen Aufruf an das Volk erlassen. Der König kündigt darin seine Absicht an, auf den Thron seiner Väter nicht zu verzichten.

## Der neue bayerische Landtag.

Die voraussichtliche Zusammensetzung.

Die genaue Verteilung der Mandate wird sich zunächst noch nicht aufstellen lassen, da die Wahlen am 4. Mai in der Pfalz nicht unwesentliche Veränderungen bringen können. Nach den jetzt vorliegenden Zahlen würde sich für die einstweilige Mandatverteilung folgendes Bild ergeben: Bayerische Volkspartei 35, Böllischer Block 20, Sozialdemokraten 17, Vereinigte Nationale Rechte 8, Bauern- und Mittelstandsbund 8, Kommunisten 8, Deutscher Block (Demokraten) 2, Nationalliberale Landespartei 1 Sitz. Der Volksentscheid ist mit 1224017 „Ja“ gegen 1263892 „Nein“ abgelehnt worden, vereinigte also doch viel mehr Stimmen auf sich, als es zunächst den Anschein hatte. Freilich blieb er weit hinter der erforderlichen Zweidrittelmehrheit zurück.

### Der Stimmengewinn und Verlust

der einzelnen Parteien stellt sich ungefähr folgendermaßen: Gegenüber den Landtagswahlen von 1920 haben die Demokraten 175 000 Stimmen, die Bayerische Volkspartei 250 000 Stimmen und der Bauernbund 28 000 Stimmen verloren, die Vereinigte Nationale Rechte 180 000 Stimmen, wobei die auf die Nationalliberale Landespartei und die Deutsche Volkspartei entfallenen Stimmen mitgerechnet sind. Im Jahre 1920 hatten Mehrheitssozialdemokraten und Kommunisten insgesamt 921 744 Stimmen erhalten, so daß diese Linksparteien jetzt 304 000 Stimmen verloren haben. Zuzurechnen wären bei allen Parteien die noch in der Pfalz zu erwartenden Stimmen.

### Münchener Notizen über die Kabinettsbildung.

München, 8. April. Angesichts des Wahlergebnisses macht sich in verschiedenen Kreisen und in der Presse allenthalben ein ziemlich Unbehagen über die Auswirkung des Wahlergebnisses bemerkbar. Das kommt auch heute in der politischen Tagespresse deutlich zum Ausdruck, da niemand zu sagen vermöge, was eigentlich werden soll.

## Frist zur Vermögenssteuererklärung bis 30. April.

Mit Rücksicht auf die besonderen Schwierigkeiten, die diesmal die Ausfüllung der Vermögenssteuererklärungen den Landwirten im Hinblick auf die Berechnung der wahren